

DER BUNDESMINISTER
FÜR BAUTEN UND TECHNIK

II=3888 der Beilagen zu den Stenographischen Protokollen
des Nationalrates XV. Gesetzgebungsperiode

Zl. 10.101/28-I/1/82

Wien, am 21. Mai 1982

Parlamentarische Anfrage Nr. 1813/J
der Abg. Dr. Höchtl und Gen. betr.
Lärm- und Abgasschutz an der West-
autobahn im Ortsgebiet Preßbaum

1804 IAB

1982 -05- 24

zu 1813 J

An den

Herrn Präsidenten des Nationalrates
Anton B e n y a

Parlament
1010 W i e n

Auf die Anfrage Nr. 1813/J, welche die Abgeordneten Dr. Höchtl und Genossen am 1. April 1982, betreffend Lärm- und Abgasschutz an der Westautobahn im Ortsgebiet Preßbaum, an mich gerichtet haben, beehre ich mich folgendes mitzuteilen:

Der im Dezember 1980 zur Begutachtung versandte Entwurf einer Novelle zum Bundesstraßengesetz sieht bedeutende Verbesserungen beim Umweltschutz (u.a. auch die Möglichkeit von Lärm- und Abgasschutzmaßnahmen an bestehenden Bundesstraßen bzw. Autobahnen), aber auch eine Straffung des Bundesstraßennetzes vor. Nachdem die Stellungnahmen des Begutachtungsverfahrens vorlagen, wurde der Entwurf überarbeitet und wurden abklärende Gespräche mit besonders interessierten Institutionen, wie der Bundeskammer der gewerblichen Wirtschaft, der Präsidentenkonferenz der Landwirtschaftskammern Österreichs und dem Österreichischen Bundesinstitut für Gesundheitswesen geführt, bei denen übrigens ein weitgehendes Einvernehmen erzielt werden konnte.

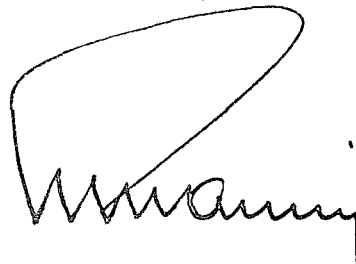
Bezüglich der in der Novelle gleichfalls enthaltenen Kürzung des Bundesstraßennetzes mußte jedoch das Einvernehmen mit den Ländern hergestellt werden, da durch Bundesgesetz bestehende Bundesstraßen aus verfassungsrechtlichen Gründen nicht

- 2 -

einfach in die Erhaltung der Länder übertragen werden können; auch bei einer Entwidmung als Bundesstraße bleibt die Erhaltungspflicht des Bundes bis zur Übernahme der Straße durch das Land bestehen. Ich habe deshalb diesbezüglich im Verlauf des Jahres 1981 offizielle und inoffizielle Gespräche mit den politisch Verantwortlichen der Länder geführt. Die offiziellen Verhandlungen mit Kärnten, Salzburg, Tirol und Vorarlberg konnten zu einem erfolgreichen Abschluß gebracht werden, bezüglich anderer Ländern, wie Niederösterreich und Wien, konnte eine einvernehmliche Abklärung aller Fragen noch nicht erzielt werden.

Ich habe deshalb den Auftrag gegeben, den Textteil der Bundesstraßengesetznovelle, der vor allem die Umweltschutzmaßnahmen bringt, beinhaltet, vorwegzunehmen, da ich mit der Einbringung der Bundesstraßengesetznovelle nicht länger zuwarten wollte. In einem zweiten Gesetzentwurf soll dann nach Ausräumung aller Schwierigkeiten im Einvernehmen mit den Ländern die Straffung des Bundesstraßennetzes dem Parlament vorgelegt werden.

Der Entwurf der Bundesstraßengesetznovelle bezüglich des Textteils, der auch die in der vorliegenden Anfrage angesprochenen Lärm- und Abgasschutzmaßnahmen an "Altbaustrecken" von Bundesstraßen und Autobahnen ermöglichen wird, soll noch im Mai 1982 fertiggestellt und sodann unverzüglich dem Parlament als Regierungsvorlage vorgelegt werden.

A handwritten signature in black ink, appearing to be 'W. K. ...' with a large, stylized initial 'W'.